



US-Studentin Lawson, Bush-Gegner*: „Antiamerikanismus ist das einzige Vorurteil in Deutschland, das mit sozialem Status und höherer

HOCHSCHULEN

Botschafter wider Willen

US-Studenten haben es derzeit schwer in Deutschland: Sie müssen sich laufend für die Politik ihrer Regierung rechtfertigen. Ein Pilotprojekt mit Schülern gewöhnt sie an kritische Fragen.

Bei Edward Janssen liegt die Verbundenheit zu Deutschland in der Familie: Die Großmutter war aus Kiel nach Amerika eingewandert, Janssens Mutter arbeitet für den Siemens-Konzern, während seiner Schulzeit lebte Janssen einige Wochen lang bei einer Gastfamilie in der Eifel.

Bei der Wahl seiner Studiengänge an der University of Connecticut musste der 22-jährige Amerikaner nicht lange überlegen. Deutsch sollte es sein, wie bei seinem Bruder, dazu als weiteres Fach Politik.

Doch seit Janssen ein Auslandssemester an der Universität Tübingen verbringt, zweifelt er bisweilen, ob er richtig entschieden hat. Denn der Deutschland-Fan stößt im Gastland auf verhaltene Gegenliebe. „Ich will hier nicht den Diplomaten abgeben müssen“, beklagt Janssen.

Diese Erfahrung teilen viele der rund 3200 US-Gaststudenten in der Bundesrepublik. Sie sind Botschafter wider Willen, werden von Kommilitonen und Unbekannten stellvertretend für ihre Regierung daheim angegangen – ein Affront, der Akademikern aus China, Russland oder arabischen Ländern meist erspart bleibt.

Es gibt keine offene Feindseligkeit, keine tätlichen Übergriffe, wie sie dunkelhäutige Studenten in manchen Gegenden Ostdeutschlands fürchten müssen. Die Angriffe tauchen in keiner Statistik und keinem Polizeibericht auf.

Und doch bekommt, wer mit US-Austauschstudienten spricht, ähnlich lautende Geschichten zu hören: der Nachbar im Wohnheim, der seine Anti-Bush-Tiraden ablässt, die aufgezwungene Diskussion auf einer Party, der DJ in der Discothek, der nach dem Amoklauf an der Virginia Tech University hämische Grüße an die National Rifle Association ausrichten lässt.

Edward Janssen schildert die typische Konversation mit deutschen Kommilitonen. Erste Frage: Wie heißt du? Zweite Frage: Woher kommst du? Dritte Frage: Hast du Bush gewählt? Und dann sei er schon mittendrin in der Diskussion über den Irak-Krieg, über Todesstrafe, Waffengesetze und Klimaschutz.

„Wenn ich die ersten 15 Minuten überstehe, kann es ein gutes Gespräch werden“, sagt Janssen sarkastisch. Denn dann dürfe er seine Version erzählen: dass er während des Deutschunterrichts in seiner Schule in Jersey City mit ansehen musste, wie auf der anderen Seite des Hudson River die Türme des World Trade Center

zusammenstürzten. Dass Mitschüler Angehörige und Freunde verloren. Dass er als Erstwähler George W. Bush seine Stimme gab, es aber bereut.

Zwischenzeitlich war Janssen vom Dauerdisput so genervt, dass er erwo, den Aufenthalt abzubrechen. Die Rettung kam mit „Rent an American“. In dem gleichnamigen, bundesweit einzigartigen Pilotprojekt vermittelt das Deutsch-Amerikanische Institut Tübingen seit einigen Wochen amerikanische Gaststudenten für Unterrichtsbesuche an Schulen der Region.

Jeder vierte der rund hundert US-Gaststudenten in Tübingen hat sich im laufenden Semester für die Eisbrecher-Initiative gemeldet. Bei andauerndem Erfolg, so die Initiatoren, könne das von Baden-Württemberg mitgetragene und von der Robert Bosch Stiftung unterstützte Projekt auf das ganze Bundesland ausgedehnt werden.

„Rent an American“ sei keine direkte Reaktion auf grassierenden Antiamerikanismus, sagt Koordinatorin Odila Triebel. Doch sie misstraue einer Haltung, die Einzelmenschen „besuchswise ganz nett“ finde, „aber alle anderen unter Generalverdacht stellt“. „Hamburger, Todesstrafe, Bush“ sei ein ähnlich limitiertes Landesbild wie „Bratwurst, Hitler, Lederhose“.

Die US-Regierung und die Bevölkerung würden „zunehmend gleichgesetzt“, hat das renommierte Pew Research Center in Washington festgestellt. Nach den neuesten Zahlen des Instituts ist das Ansehen der USA hierzulande auf einem Tiefpunkt angelangt (siehe Grafik). Nur noch 30 Prozent der Deutschen haben eine positive Meinung von den Vereinigten Staaten – im Jahr 2000 waren es noch 78 Prozent gewesen.

In keinem anderen untersuchten europäischen Land außer der Türkei ist die

* Links: vor einer Klasse in einem Tübinger Gymnasium; rechts: bei einer Demonstration in Berlin 2002.



Bildung noch zunimmt“

öffentliche Meinung über die USA schlechter, unbeliebter ist Uncle Sam nur in muslimisch geprägten Ländern. In einer Umfrage erklärten im Frühjahr 57 Prozent der 18- bis 29-jährigen Deutschen, sie hielten die USA für gefährlicher als Iran.

Manche Studienanfänger kämen mit einer „Schatulle an Vorurteilen“ an die Universität, bestätigt Bernd Engler, Amerikanist und Rektor der Universität Tübingen. Von Antiamerikanismus mag er nicht sprechen, lieber von „Ressentiments, die je nach außenpolitischer Lage Konjunktur haben“. Die Zerrbilder lösten sich jedoch mit wachsender Kenntnis über die USA auf. Die deutsche Hochschule insgesamt sei „uneingeschränkt gastfreundlich“.

Die Erfahrungen mancher US-Gaststudenten wertet Engler als lehrreiche „Initial-Irritation“. Es gebe eben in Europa und den USA eine unterschiedliche Kultur des Sprechens über Politik: Während jenseits des Atlantiks Politik und Religion als Privatangelegenheiten behandelt würden, gehörten hier Politisieren und kritisches Nachfragen dazu. „Wir müssen unseren Gästen klarmachen, dass die Frage nach der politischen Gesinnung nicht als Angriff gewertet werden darf.“

Um kurz vor acht Uhr morgens steht Audrey Bashore als gemietete Amerikanerin vor der Klasse 8b des Katholischen Freien Gymnasiums St. Meinrad in Rotenburg am Neckar. An der Wand des Zimmers hängen eine ausgeschnittene Freiheitsstatue und eine Wolkenkratzer-Skyline.

Die 22-jährige Deutsch- und Gesangsstudentin von der University of Michigan reicht ein Foto ihrer Hochschule herum. Ein weiteres Bild zeigt sie mit ihrer Familie beim Feiern des amerikanischen Un-

abhängigkeitstags am 4. Juli, auch ein Porträt ihres Mischlingshundes geht durch die Reihen.

Doch die Schüler sind nicht auf Plaudereien aus, sie wollen über große Politik sprechen. Sie lesen vorbereitete Fragen ab: „Glaubst du, dass ein anderer Präsident das Image deines Landes ändern könnte?“ Bashore antwortet mit „Ja“. Sie betont, dass sie Bush nicht gewählt habe und für die kommende Präsidentschaftswahl den demokratischen Bewerber Barack Obama unterstütze.

Die Gymnasiasten legen nach: Findest du gut, wie die Amerikaner mit Rohstoffen umgehen? Bashore verneint. Billigst du die Todesstrafe? Bashore sagt, sie bevorzuge das deutsche System. Unterstützen die Amerikaner den Irak-Krieg? Bashore erzählt von Protesten auf ihrem Campus. Danach wird es entspannter: Die Schüler wollen wissen, warum Amerikaner so viel Fast Food essen und ob sie auch Bio-Lebensmittel kaufen können.

In der folgenden Stunde wiederholt sich die Szene in einer elften Klasse. Bashore stellt sich vor, reicht ihre Fotos herum. Die erste Frage lautet: „Was denkst du über Bush und die Politik seiner Regierung?“ Als Bashore sich kritisch zeigt, wird sie von einem Schüler unterstützt: „Niemand ist für ihn. Er ist ein Lügner. Wir sind gegen seine Kriege.“ Es folgen der Klimawandel, die Todesstrafe, Waffenbesitz, Michael Moore, der Ku-Klux-Klan.

Sie sei auf solche Fragen vorbereitet gewesen, sagt Bashore später, auch wenn sie

für Amerikaner sehr direkt und unhöflich klingen. Die Deutschen seien eben „meinungsstark“, sie wüssten sehr genau, was richtig und was falsch sei – genau wie der ungeliebte Präsident in Washington.

Die allgegenwärtige Kritik, der sich US-Studenten in Deutschland ausgesetzt sehen, bricht hauptsächlich über Bush-Gegner herein. Und eigentlich sind sich Gäste und Gastgeber in ihrem Urteil über die US-Regierung oft einig: Der Krieg gegen den Terror sei zweifelhaft, das Experiment des Demokratie-Exports in die arabische Welt blutig gescheitert. Bush angekreidet werden auch eine Aufweichung von Menschen- und Bürgerrechten, Desinformation und die Missachtung internationaler Gremien.

Die 21-jährige Kate Lawson aus Arlington bei Dallas macht die eigene Regierung für den verbalen Dauerbeschuss verantwortlich: Bush sei daran schuld, „dass wir es schwer haben“. Lawson ist Demokratin und steht grünen Ideen nahe. „Ja, es gibt uns wirklich, sogar in Texas, auch wenn mir das hier niemand glauben mag.“

In Deutschland nennt sich Lawson selbstironisch „Texas-Kate“, denn sie weiß, welche Reaktionen die Nennung ihres Heimat-Bundesstaates hervorruft: „Texas heißt für die Deutschen Bush- und Cowboy-Country, wo alle Leute große Geländewagen fahren und Waffen tragen.“ Wenn Lawson dann noch erzählt, dass sie als Sportschützin ein Gewehr besitze, werde sie angesehen wie ein „Marsmännchen“. Doch sie sei nicht hier, um sich „für Amerika zu entschuldigen“, so Lawson.

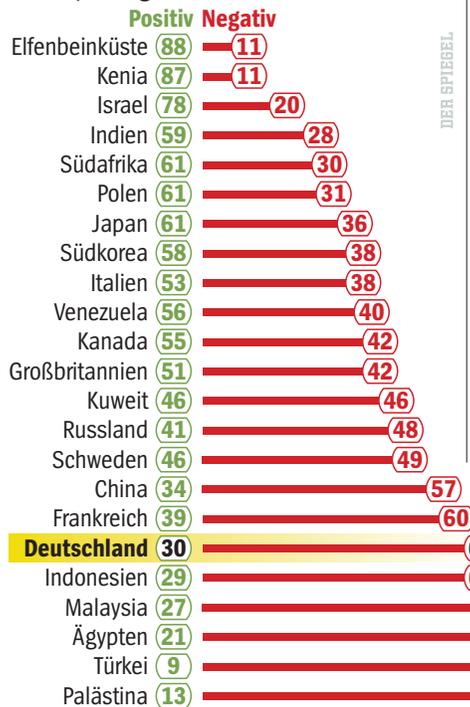
Es ist die moralische Besserwisseri mancher Deutscher, die den Gaststudenten übel aufstößt. Den Primitiven aus der Neuen Welt, so der ärgerliche Gestus, gelte es die Augen zu öffnen für die wahre Weltordnung. Solche „Selbstgerechtigkeit“ sei „unhistorisch“, kritisiert der in Jerusalem und Leipzig lebende Historiker und Antiamerikanismus-Forscher Dan Diner, denn sie verkenne die Leistungen und Impulse Amerikas für Europa – von der Französischen Revolution bis zur Deutschen Einheit.

Andrei Markovits, Autor des Buches „Amerika, dich hasst sich's besser“ und einer der profiliertesten Deutschland-Kenner in den USA, geht mit den deutschen Akademikern ins Gericht: „Antiamerikanismus ist das einzige Vorurteil in Deutschland, das mit sozialem Status und höherer Bildung noch zunimmt.“ Deshalb sei der „Student meist schlimmer als Otto Normalverbraucher“.

Die Gäste aus Übersee haben ihre eigenen Strategien entwickelt, wie sie mit dem zwiespältigen Amerika-Bild in Deutschland umgehen. „Texas-Kate“ etwa sichert sich die Lacher in ihrer Wohngemeinschaft, indem sie den säuberlich getrennten Müll freiwillig nach unten bringt – „zur Buße“.

Ungeliebter großer Bruder

Bewertung der USA, in Prozent der Befragten in den jeweiligen Ländern



Quelle: Umfrage des Pew Research Center in 47 Ländern, 2007

JAN FRIEDMANN